

27. März 1974

Finanzplanung des Bundes für die internationale Entwicklungs-
zusammenarbeit und humanitäre Hilfe 1975 - 1979

- Politisches Departement und Volkswirtschaftsdepartement.
Gemeinsamer Antrag vom 1. März 1974 (Beilage)
- Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 7. März 1974
(Beilage)
- Politisches Departement und Volkswirtschaftsdepartement.
Stellungnahme vom 14. März 1974 (Beilage)
- Finanz- und Zolldepartement. Vernehmlassung vom 20. März 1974
(Beilage)
- Politisches Departement und Volkswirtschaftsdepartement.
2. Stellungnahme vom 25. März 1974 (Kenntnisnahme)

Gestützt auf den gemeinsamen Antrag des Politischen Departements
und des Volkswirtschaftsdepartements und mit Zustimmung des Finanz-
und Zolldepartements sowie aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Den im Finanzplan für 1975 und 1976 festgelegten Globalzahlen
als verbindliche Richtlinien für die Gestaltung der jeweiligen
Jahresbudgets wird zugestimmt. Vorbehalten bleiben Aenderungen,
die sich im Bereiche der humanitären Hilfe und der Schulden-
konsolidierungen aus unvorhergesehenen Ereignissen ergeben
könnten.
2. Die im Finanzplan für 1977 bis 1979 festgelegten Globalzahlen
werden als interne Planungsrichtlinien genehmigt.
3. Das EPD wird beauftragt, im gegebenen Zeitpunkt die im Zusammen-
hang mit dem Finanzplan erforderlichen Botschaften an die Bundes-
versammlung, in Zusammenarbeit mit dem EVD, auszuarbeiten und
sie dem Bundesrat vorzulegen.

Protokollauszug (Antrag mit Beilagen) an:

- EPD 20 zum Vollzug
- EVD 10 " "
- FZD 9 zur Kenntnis
- EFK 2 " "
- FinDel 2 " "
- BK 1 (AS)

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

SAMUEL



EIDGENOESSISCHES
POLITISCHES DEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

t. 140(4) - RR/so

A u s g e t e i l t

A n d e n B u n d e s r a t

Nicht für die Presse bestimmt

Finanzplanung des Bundes für die internationale
Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe 1975 - 1979

1 Einleitung

11 Mit Beschluss vom 31. Oktober 1973 haben Sie das Politische Departement und das Volkswirtschaftsdepartement beauftragt, im Bereiche der Ausgaben für die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (d.h. der öffentlichen Entwicklungshilfe) eine Prioritätsordnung auszuarbeiten, wobei dem Beschluss des Bundesrates, die Auslandsbeziehungen in eine mittlere Prioritätsstufe einzureihen, Rechnung getragen werden soll. Dieser Auftrag an die beiden Departemente erfolgte im Zusammenhang mit Ihrem Beschluss, der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) die Bereitschaft des Bundesrates mitzuteilen, dass Sie den Eidgenössischen Räten noch 1974 die Gewährung eines Kredites von 200 Millionen Franken an diese Institution vorschlagen werden. Sie waren der Ansicht, dieser Kredit erreiche im Verhältnis zu anderen Einzelausgaben der öffentlichen Entwicklungshilfe einen solchen Umfang, dass sich eine Ueberprüfung der Ausgaben in den verschiedenen Bereichen - technische Zusammenarbeit, Finanzhilfe, Nahrungsmittelhilfe, humanitäre Hilfe - aufdränge.

Die seither von der Eidg. Finanzverwaltung in Aussicht genommenen Ausgabenkürzungen zur Verbesserung der Finanzlage des Bundes, die dem Bundesrat unterbreitet werden, betreffen auch den Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Wir haben für den Zeitraum 1975-1979 in Diskussion mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung Kürzungen im Betrage von 372 Millionen Franken zugestimmt. Davon entfallen 315 Millionen auf die Finanzhilfe, bei welcher in der Programmierung - gegen Ende der genannten Periode - inbezug auf den Umfang der Auszahlungen noch eine grössere Elastizität besteht. 57 Millionen entfallen auf technische Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe, für welche das 5-Jahres-Programm nur die Fortsetzung der Tätigkeit im bisherigen Umfang ermöglicht. Wir verweisen für die Details auf die Ausführungen in Kapitel 4.

12 Indem sich unsere beiden Departemente auf die reduzierten Beträge einigten, erzielten sie zugleich Uebereinstimmung über die Prioritäten im Rahmen der damit vorgesehenen Aufwendungen in den einzelnen Bereichen für 1975 und 1976. Wir beabsichtigen, Ihnen im Folgenden darzulegen, warum die im beiliegenden Finanzplan vorgesehenen Ausgaben für die öffentliche Entwicklungshilfe das Minimum darstellen, das wir verantworten können, ohne die politische und wirtschaftliche Stellung unseres Landes, insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern, in schwerwiegendem Masse in Gefahr zu bringen.

13 Bekanntlich hat die Kommission des Nationalrates zur Beratung des Gesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe am 31. Januar 1974 beschlossen, dem Nationalrat zu beantragen, vom Bundesrat einen Zusatzbericht über die durch die Energiekrise entstandene neue Situation auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit zu verlangen. Sofern der Nationalrat diesem Antrag folgt, wird eine allfällige Schlussabstimmung über das Gesetz bis voraussichtlich ins Jahr 1975 hinausgeschoben. Wir werden in Ziffer 47 auf die daraus entstehenden Probleme betreffend neue Kreditvorlagen an das Parlament zurückkommen. Mit dem hier vorliegenden Antrag wird der Inhalt des erwähnten Zusatzberichtes nicht präjudiziert. Immerhin muss schon jetzt festgestellt werden, dass die Auswirkungen der Energiekrise auf viele und wichtige Entwicklungsländer noch grössere Anstrengungen zugunsten dieser Länder erfordern. Diese Auffassung kommt auch in der Schlusserklärung der Energiekonferenz von Washington vom 14. Februar 1974 zum Ausdruck:

"Ils *) feront des efforts soutenus pour maintenir et élargir le flot de l'aide au développement bilatéralement et par le canal des institutions multilatérales, sur la base d'une solidarité internationale s'étendant à tous les pays avec des ressources appropriées."

Es würde der Schweiz schlecht anstehen, sich von dieser Haltung zu distanzieren.

2 Bedeutung unseres Beitrages an die internationale öffentliche Entwicklungshilfe für die Schweiz

21 Die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sind wesentliche Elemente unserer Aussenpolitik. Die Schweiz muss zur Erhaltung und Verbesserung internationaler Beziehungen, die dem Frieden und dem allgemeinen Wohlergehen dienen und damit die Grundlagen unseres eigenen Wohlergehens festigen, nach Kräften beitragen. Auch erhält unsere Neutralitätspolitik ihre volle Bedeutung in dem Masse, als sie mit einer klaren Solidaritätspolitik verbunden ist, die in allen Bereichen Gestalt annimmt, in welchen es um das Los der Völkergemeinschaft und ihrer Mitglieder geht. Die stets deutlicher zu Tage tretende gegenseitige Abhängigkeit der Völker verleiht zudem diesem Aspekt unserer Aussenpolitik zunehmende Bedeutung.

Die Probleme der Entwicklungszusammenarbeit gehören, neben jenen des internationalen Handels, der Währungsbeziehungen und der Auslandsinvestitionen, zu den wichtigsten Bereichen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der Bundesrat hat bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich die Notwendigkeit hervorgehoben, an ihrer Lösung intensiver teilzunehmen. Der Grad dieser Teilnahme wird seit Jahren in erster Linie anhand des Vergleichs zwischen den finanziellen Aufwendungen der verschiedenen Industriestaaten - ausgedrückt in Prozenten des Bruttosozialproduktes - zugunsten der Entwicklungsländer gemessen. Dieser Vergleich bezeugt den Willen der Industrieländer, die für eine gemeinsame Aufgabe erforderlichen grossen Mittel (zur Zeit ca. 10 Milliarden US-Dollar im Jahr) in angemessener Lastenverteilung aufzubringen.

./.

*) Die an der Konferenz teilnehmenden Länder (inkl. Frankreich), d.h. die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften, die USA, Kanada, Japan und Norwegen.

22 Die Schweiz ist besonders stark von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen abhängig. Deren Ausgestaltung ist dementsprechend für sie von sehr grosser Bedeutung. Deshalb kann sie es sich nicht leisten, ihre Stellung in den diesbezüglichen Verhandlungen und Gesprächen durch eine unverhältnismässig geringe Anstrengung auf dem Gebiete der öffentlichen Entwicklungshilfe zu gefährden.

Eine Schädigung des politischen Ansehens unseres Landes kann mit der Zeit die Möglichkeit der Entfaltung der schweizerischen Wirtschaftsinteressen beeinträchtigen. Dies trifft besonders in den vielen Entwicklungsländern zu, wo die wirtschaftliche Führung - mehr oder weniger direkt - von der politischen abhängig ist.

Die Mittel der schweizerischen öffentlichen Entwicklungshilfe - die zu einem wesentlichen Teil in unserem eigenen Land ausgegeben werden - erlauben schweizerischen Firmen, wichtige und zukunftsorientierte Aufträge in Entwicklungsländern auszuführen.

Dank der schweizerischen Leistungen an Weltbank und IDA sowie an die regionalen Entwicklungsbanken kann sich unsere Industrie um die von diesen Instituten finanzierten Aufträge bewerben. Die schweizerische Industrie hat z.B. allein von der Weltbankgruppe in den vergangenen 25 Jahren Aufträge von weit über 1 Milliarde Franken erhalten. Diese Aufträge bedeuten in vielen Fällen den Eintritt in einen neuen Markt und ziehen oft auf Jahre hinaus Anschlusslieferungen nach sich.

Es ist auch darauf hinzuweisen, dass seit langem rund ein Fünftel der schweizerischen Gesamtexporte nach den Entwicklungsländern geht, die somit einen sich stets ausweitenden Markt für unsere Wirtschaft darstellen. Zudem erzielte die Schweiz im Verkehr mit den Entwicklungsländern seit Jahren einen bedeutenden Handelsbilanzüberschuss (1972: 2,7 Milliarden Franken; 1973: 2,8 Milliarden Franken).

Die Erhaltung unseres Marktanteils in den Ländern der Dritten Welt ist heute besonders wichtig. Die Erdölkrise wird die nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer sehr hart treffen, und dies in einem Zeitpunkt, in dem deren Einfuhren zwecks Ausbau der Infrastruktur und Durchführung der Industrialisierungsprogramme gesteigert werden sollten. Dem entwicklungspolitischen Interesse, die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, ihre Entwicklungsprogramme weiterzuführen, entspricht das handelspolitische Interesse der Schweiz, ihre Ausfuhren nach diesen Ländern gerade dann aufrechterhalten zu können, wenn ein weltweiter Nachfragerückgang zu einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt führen kann.

Die Schweiz nimmt auch eine bedeutende Stellung als Investor (Portefeuille und Direktinvestitionen) in den Entwicklungsländern ein. Auch das schweizerische Engagement in Form privater Kredite ist in diesen Ländern beträchtlich. Aus diesem Grunde sind alle Massnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft dieser Länder für uns von direktem Interesse.

Schliesslich möchten wir unterstreichen, dass - angesichts der jüngsten Entwicklungen im Rohstoffbereich - die öffentliche Entwicklungshilfe allgemein ein wichtiges Element für die Verstärkung unserer Position in Verhandlungen betreffend die Versorgung unseres Landes darstellen kann; unter Umständen könnte sie, insbesondere als Finanzhilfe, in dieser Hinsicht sogar eine spezielle Bedeutung als eigentliches Verhandlungsinstrument erlangen.

3 Die Ausgaben des Bundes für internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe aufgrund der bestehenden Rahmenkredite

31 Die bisherigen Aufwendungen der Schweiz für die öffentliche Entwicklungshilfe (d.h. für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe) waren - gemessen am Bruttosozialprodukt - im Vergleich mit jenen der westlichen Industriestaaten bescheiden, wie dies aus folgender Tabelle hervorgeht:

./.

- 6 -

	Schweiz	Oeffentliche Entwicklungshilfe in % des BSP Durchschnitt der DAC-Länder 1)
1968	0,14	0,38
1969	0,16	0,36
1970	0,14	0,34
1971	0,11	0,35
1972	0,22 2)	0,34
1973	0,17 3)	0,35 3)
1974	0,16 3)	0,35 3)

1) DAC = Entwicklungshilfeausschuss der OECD, welchem die folgenden Mitglieder angehören: Australien, Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich, USA; Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

2) Die starke Erhöhung gegenüber 1971 ergab sich daraus, dass bei der 3. Wiederaufstockung der IDA ausnahmsweise zwei Jahrestanchen des schweizerischen Beitrages gleichzeitig fällig wurden.

3) Schätzungen

In den Jahren 1968-1972 stand die Schweiz mit diesen Leistungen an zweit- und drittletzter Stelle aller DAC-Staaten, was einen frappanten Kontrast zur Tatsache darstellt, dass sie in bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen mit an der Spitze dieser Länder steht. Seit dem Eintritt der Schweiz in das DAC im Jahre 1968 wird dieser geringe Anteil der Schweiz an der internationalen öffentlichen Entwicklungshilfe von den übrigen Industriestaaten immer wieder beanstandet.

32 Die Ausgaben des Bundes für die öffentliche Entwicklungshilfe nahmen von 1968 bis 1971 nur unbedeutend zu (1968: 110 Millionen, 1971: 120 Millionen), stiegen 1972, im ersten Jahr nach Eröffnung des ersten Rahmenkredites für Finanzhilfe, (aus dem in Fussnote 2 zur vorstehenden Tabelle genannten Grund) auf 244 Millionen, und sanken 1973 auf

./.

ca. 217 Millionen ab. Der Zuwachs von 1968 bis 1973 bewegte sich in allen Bereichen, ausser bei der Finanzhilfe (diese ist erst 1971, durch die Eröffnung eines ersten Rahmenkredites, in umfassender Weise aufgenommen worden), im Rahmen desjenigen der Gesamtausgaben des Bundes.

Der Anteil der Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe an den Gesamtausgaben des Bundes ging von 1968 bis 1971 von 1,6 % auf 1,2 % zurück, stieg 1972 (aus dem genannten Grunde) auf 2,3 %, und sank 1973 wieder auf 1,9 % (Budget) ab.

33 Die von den eidgenössischen Räten bewilligten, zur Zeit laufenden Rahmenkredite waren bis zum 31. Dezember 1973 gemäss folgenden Grössenordnungen beansprucht:

- Vom Rahmenkredit für technische Zusammenarbeit vom 26. Juni 1972, im Umfang von 275 Millionen Franken und mit einer Geltungsdauer von 2 1/2 Jahren, waren 122 Millionen Franken formell verpflichtet und 123 Millionen programmiert (d.h. mit den Partnern für bestimmte Projekte fest vorgesehen). Die verbleibenden 30 Millionen werden bis Ende 1974 verpflichtet oder programmiert sein. Dementsprechend muss, damit weitere Verpflichtungen eingegangen werden können, wie vorgesehen ab Anfang 1975 ein neuer Rahmenkredit zur Verfügung stehen.
- Vom Rahmenkredit für die humanitäre Hilfe vom 4. Dezember 1972 von 100 Millionen Franken (Geltungsdauer 3 Jahre) sind 25 Millionen Franken engagiert und ausbezahlt worden.
- Vom Rahmenkredit für Lebensmittelhilfe vom 4. Dezember 1972 im Umfange von 50 Millionen Franken (Geltungsdauer 3 Jahre) sind 16 Millionen ausgenützt.
- Der Rahmenkredit für die Finanzhilfe (20. September 1971) im Umfange von 400 Millionen Franken, dessen Geltungsdauer mindestens 3 Jahre beträgt, ist zu 300 Millionen Franken fest engagiert. Aufgrund unserer sorgfältigen und der Finanzlage des Bundes nach Möglichkeit Rechnung tragenden Politik kann das Engagement der noch verbleibenden 100 Millionen Franken voraussichtlich bis gegen Mitte 1975

erstreckt werden. Der Beitrag an die vierte Wiederaufstockung der IDA von 200 Millionen Franken wird jedoch vom Parlament noch gesondert zu bewilligen sein.

34 Aus dem Gesagten ergibt sich die Notwendigkeit, während der Jahre 1974/1975 vom Parlament neue Ermächtigungen zu verlangen, die es der Schweiz erlauben, ihre öffentliche Entwicklungshilfe (gemessen in Prozenten des Bruttosozialproduktes) nicht zu vermindern.

4 Finanzplanung 1975 bis 1979

41 Die Planung der Ausgaben für die öffentliche Entwicklungshilfe des Bundes hat sich stets an den Absichtserklärungen des Bundesrates betreffend die schweizerische Politik gegenüber den Entwicklungsländern orientiert.

Erstmals haben Sie 1969, als Sie der Empfehlung des DAC über die Bedingungen der Hilfe zustimmten, eine Zielsetzung für die Grössenordnung der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz angenommen. Diese Empfehlung sieht ausdrücklich vor, dass nur jene Mitgliedländer den vereinbarten Kriterien genügen, die sich mit ihrem Entwicklungshilfevolumen den durchschnittlichen Leistungen aller DAC-Länder annähern. In einem vertraulichen, Ihnen zur Kenntnis gebrachten Protokoll wurde festgelegt, dass eine Abweichung nach unten um mehr als 25 % vom Durchschnitt als ungenügende Annäherung betrachtet wird. Die gleiche Forderung ist auch in der 1972 revidierten Empfehlung des DAC über die Bedingungen der Hilfe enthalten, der Sie am 11. Oktober 1972 zugestimmt haben.

In Ihrem Bericht an die Bundesversammlung über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen vom 16. Juni 1969 erklärten Sie: "Der Bundesrat strebt eine verstärkte Entwicklungshilfe inner- und ausserhalb des Rahmens der Vereinten Nationen an, die auch eine intensivere Teilnahme an den Entwicklungsprogrammen der UNO bewirken soll."

Anlässlich der Proklamation der Strategie für das zweite Entwicklungsjahrzehnt der Vereinten Nationen hat der Bundesrat in einer autonomen Erklärung zuhanden der schweizerischen und internationalen Öffentlichkeit am 24. Oktober 1970 seinen Willen zum Ausdruck gebracht, die öffentliche Entwicklungshilfe spürbar zu erhöhen (wobei Sie allerdings vermieden, den in dieser Strategie enthaltenen Richtsatz von 0,7 % des Bruttosozialproduktes für öffentliche Entwicklungshilfe anzuerkennen).

In den "Richtlinien der Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1971 bis 1975" vom 13. März 1972 erklärten Sie dann ausdrücklich, dass "der staatliche Beitrag" (für die öffentliche Entwicklungshilfe) "in den nächsten Jahren schrittweise dem Durchschnitt der staatlichen Leistungen der andern westlichen Industrieländer" (d.h. der DAC-Länder) "angenähert werden soll". Dieser Durchschnitt beträgt seit einigen Jahren rund 0,35 % des Bruttosozialproduktes. Wie aus der vorstehenden Tabelle hervorgeht, kamen wir dieser Zielsetzung kaum näher. Die öffentliche Entwicklungshilfe hat sich von 1968 bis 1973, gemessen am Bruttosozialprodukt, nur unwesentlich erhöht (1968: 0,14 %; 1973: 0,17 %).

42 Im Finanzplan vom 15. November 1973, wie wir ihn am 3. Dezember 1973 dem EFZD unterbreitet haben, gingen wir von der erwähnten Zielsetzung des Bundesrates aus. Es ergaben sich dadurch Ausgaben von 2,4 Milliarden Franken für die Jahre 1975 bis 1979. Die im Hinblick auf die gespannte Finanzlage des Bundes von uns angenommenen Kürzungen, die im beiliegenden Finanzplan vom 21. Februar 1974 ihren Ausdruck finden, bedeuten wesentliche Abstriche an den vorgesehenen Programmen, und erlauben es nicht, die vom Bundesrat gutgeheissene Zielsetzung, nämlich die Annäherung an den Durchschnitt der DAC-Länder, selbst wenn man diesen um 25 % vermindert, zu erreichen. Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, gestatten sie kaum, den 1972 erreichten Stand zu halten.

Oeffentliche Entwicklungshilfe
in % des BSP

Jahr	Finanzplan vom 15. Nov. 1973	Finanzplan vom 21. Februar 1974
1975	0,23	0,21
1976	0,25	0,21
1977	0,26	0,19
1978	0,30	0,23
1979	0,30	0,21

43 Im Sinne einer vorübergehenden Notmassnahme glauben wir für die Jahre 1975 und 1976 die Zahlen des beiliegenden reduzierten Finanzplanes vom 21. Februar 1974 als verbindliche Weisung verantworten zu können, obwohl sich dadurch Nachteile ergeben.

- Der Dienst für technische Zusammenarbeit wird während dieser Jahre kaum neue Projekte ins Programm aufnehmen können, da die verfügbaren Mittel gerade ausreichen, um laufende Projekte zu Ende bzw. weiter zu führen und das bereits bestehende Programm, unter Berücksichtigung der zu erwartenden Teuerung, zu verwirklichen.
- Im Bereiche der humanitären Hilfe ist die Bedarfsschätzung recht schwierig. Die eingesetzten Zahlen erlauben auch hier nur die Weiterführung des laufenden Programms.

Sollten grössere Katastrophenfälle eintreten, wäre mit höheren Ausgaben und entsprechenden Nachtragskrediten zu rechnen.

- Die für die Nahrungsmittelhilfe eingesetzten Beträge haben zur Folge, dass angesichts der steigenden Transport- und Nahrungsmittelkosten eine ständige Verringerung der tatsächlich zur Verteilung gelangenden Mengen stattfindet.
- Die Kürzungen bei der Finanzhilfe wirken sich besonders schwerwiegend aus. Für bilaterale Darlehen besteht, abgesehen von den Beträgen für bereits in Planung begriffene Kredite, nur eine bescheidene

Reserve von 15 Millionen Franken für die beiden Jahre 1975 und 1976. Sollten in diesen Jahren schweizerische Beiträge für grössere internationale Aktionen - z.B. in Indochina oder im Zusammenhang mit den Folgen der Erdölkrise - erforderlich werden, so wäre diese ohne Zweifel völlig ungenügend.

Aus diesen Kürzungen ergibt sich ein starkes Uebergewicht der multilateralen Beiträge im Bereiche der Finanzhilfe. Unsere Mitgliedschaft bei beziehungsweise unsere engen Beziehungen zu den internationalen Finanzierungsinstitutionen haben zur Folge, dass wir bei Kapitalerhöhungen oder bei Aufnahmen von Spezialfonds, die immer international koordinierte Aktionen darstellen, aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht ohne Nachteil abseits stehen können. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass die weiteren internationalen Verhandlungen über die Leistungen an diese Finanzierungsinstitutionen uns erlauben werden, noch eine gewisse Verschiebung vom Multilateralen auf das Bilaterale vorzunehmen.

Um der Budgetsituation des Bundes soweit wie möglich Rechnung zu tragen, werden wir mit der Leitung der IDA Gespräche aufnehmen, um eine Erstreckung der Auszahlungen unseres Beitrages von 200 Millionen Franken auf vier, anstelle von drei Tranchen zu erreichen. Dies hätte allerdings zur Folge, dass 1978 voraussichtlich zwei IDA-Tranchen zu zahlen wären, nämlich die letzte aus der vierten und die erste aus der fünften Wiederaufstockung.

- Die für die Schuldenkonsolidierung eingesetzten Beträge sind äusserst bescheiden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass gewisse Entwicklungsländer infolge der Energiekrise ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachzukommen vermögen und Schuldenkonsolidierungen vereinbaren müssen. Je nach unserem Anteil an der Aussenverschuldung eines solchen Landes werden wir nicht darum herumkommen, bei solchen Aktionen mitzumachen, wofür unter Umständen höhere Beträge nötig werden als sie im vorliegenden Finanzplan enthalten sind. Bekanntlich verfügt der Bundesrat über die Vollmacht, gegebenenfalls unter Vorbehalt

...

./.

von Art. 89/4 BV, Schuldenkonsolidierungsabkommen in eigener Kompetenz abzuschliessen. Die benötigten Mittel werden nicht dem Rahmenkredit für Finanzhilfe belastet.

Trotz der eben dargelegten Anstrengungen, die Auszahlungen zu kürzen oder zu erstrecken, zeigt sich bei der Finanzhilfe - und damit für die öffentliche Entwicklungshilfe im Ganzen -, dass eine Einordnung dieses Bereiches in eine mittlere Budgetpriorität ohne angemessene Flexibilität nicht möglich ist. In diesem Sinne muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass erst 1971 der erste Rahmenkredit für Finanzhilfe gesprochen wurde und somit das Finanzhilfeprogramm des Bundes sich noch in seiner Aufbauphase befindet. Es ist ihm deshalb auch in der heutigen finanziellen Situation des Bundes noch Raum zu einer gewissen Entfaltung zu gewähren.

- 44 Die Zahlen des beiliegenden Finanzplanes vom 21. Februar 1974 für die Jahre 1977-1979 sollen als verwaltungsinterne Planungsrichtlinie gelten, wobei eine allfällige Erhöhung im gegebenen Zeitpunkt im Lichte der Entwicklung des Bundeshaushaltes sowie der internationalen Lage zu überprüfen sein wird. Diese Richtlinie ist nötig, da ein zweckmässiger und rationeller Einsatz der Mittel nur möglich ist, wenn über einen längeren Zeitraum geplant werden kann.
- 45 Weitere Kürzungen, die über den beiliegenden Finanzplan hinausgehen, können wir aus politischen und wirtschaftlichen Gründen, auf die wir vorne hingewiesen haben, nicht verantworten. Sie kämen notwendigerweise einer bewussten Abkehr von der bisher wiederholt offiziell erklärten Zielsetzung für die öffentliche Entwicklungshilfe gleich, und es wäre unumgänglich, unsere Haltung auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene in diesem Sinne zu ändern. In einem Moment, in welchem wir das grösste Interesse an einer allgemeinen Verstärkung der internationalen Solidarität und wirtschaftlichen Zusammenarbeit bekunden, scheint uns dies ausgeschlossen.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass Länder mit besonders grossen Budgetschwierigkeiten, wie Schweden, Grossbritannien und Dänemark, in den letzten Jahren ihre öffentliche Entwicklungshilfe nicht nur nicht reduziert, sondern sogar weiter ausgebaut haben.

46 Um die im beiliegenden Finanzplan für die Jahre 1975-1979 vorgesehenen Ausgaben tätigen - und das ihnen unterliegende Programm verwirklichen - zu können, müssen über die laufenden Rahmenkredite hinaus weitere Verpflichtungskredite gesprochen werden. Ueber das Ausmass und die Zusammensetzung dieser Kredite sowie den Zeitpunkt entsprechender Vorlagen an das Parlament wird erst zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden sein.

Immerhin kann heute schon gesagt werden: Der Dienst für technische Zusammenarbeit sollte Ende 1974 über einen neuen Rahmenkredit verfügen können, d.h. eine entsprechende Botschaft ist dem Parlament vorher zu unterbreiten. Ferner wird das Darlehen an die IDA dem Parlament noch 1974 zu unterbreiten sein, wie dies der IDA im Auftrage des Bundesrates mitgeteilt wurde. Wir werden Ihnen zu gegebener Zeit, unter Berücksichtigung der nationalen und internationalen Situation, die entsprechenden Anträge unterbreiten. Ergänzend sei bemerkt, dass noch 1974 dem Parlament ein Kreditabkommen mit Nepal (15 Millionen Franken für einen Strassenbau) zur Genehmigung unterbreitet werden wird. Diese Kreditverpflichtung geht zu Lasten des bestehenden Rahmenkredites für Finanzhilfe.

5 Antrag

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen

b e a n t r a g e n

wir Ihnen:

./.

1. Den im beiliegenden Finanzplan für 1975 und 1976 festgelegten Globalzahlen als verbindliche Richtlinien für die Gestaltung der jeweiligen Jahresbudgets zuzustimmen. Vorbehalten bleiben Aenderungen, die sich im Bereiche der humanitären Hilfe und der Schuldenkonsolidierungen aus unvorhergesehenen Ereignissen ergeben könnten.
2. Die im beiliegenden Finanzplan für 1977 bis 1979 festgelegten Globalzahlen als interne Planungsrichtlinien zu genehmigen.
3. Das EPD zu beauftragen, im gegebenen Zeitpunkt die im Zusammenhang mit dem beiliegenden Finanzplan erforderlichen Botschaften an die Bundesversammlung, in Zusammenarbeit mit dem EVD, auszuarbeiten und sie dem Bundesrat vorzulegen.

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES
POLITISCHES DEPARTEMENT

Der Stellvertreter:

(E. Brugger)

Geht zum Mitbericht an:

Finanz- und Zolldepartement

Protokollauszug an:

Politisches Departement in 20 Exemplaren zum Vollzug

Finanz- und Zolldepartement in 6 Exemplaren zur Kenntnis

Volkswirtschaftsdepartement in 10 Exemplaren zur Kenntnis

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL
Délégué à la Coopération technique
Division des organisations internationales

DEPARTEMENT FEDERAL DE
L'ECONOMIE PUBLIQUE
Division du Commerce

t.140 (4)

CONFIDENTIEL

Berne, le 21.2.1974.

PLAN FINANCIER
DE L'AIDE PUBLIQUE AU DEVELOPPEMENT
1974 - 1979

t.140 (4)

PRESTATIONS DE LA SUISSE
EN FAVEUR DES PAYS EN DEVELOPPEMENT

CONFIDENTIEL

Versements. Projections 74-79

Au 21.2.1974

Millions de francs

Rubriques fonctionnelles	73	74	75	76	77	78	79
A. Valeurs absolues							
Total des prestations publiques et privées (1+2+3+4)	810	918	1130	1272	1379	1607	1702
1. Prestations publiques à des conditions de faveur	222	226	332	367	366	486	471
1.1. Confédération (a)	217	220	325	359	357	476	460
1.1.1. Coopération au développement (voir détails en annexe)	150	155	251	281	266	372	349
1.1.2. Aide alimentaire : (b)	31	31	34	35	40	43	46
- aide en céréales : 71-73; 74-76; 77-83							
- produits laitiers : 73-75; 76-78; 79-81							
1.1.3. Aide humanitaire : 73-75; 76-78; 79-81 (c)	36	34	40	43	51	61	65
1.2. Cantons, communes et autres institutions publiques (d)	5	6	7	8	9	10	11
2. Autres prestations publiques (crédits aux conditions du marché) : Confédération	7	5	5	5	7	8	10
3. Prestations de l'économie privée (investissements, crédits commerciaux et autres) (e)	500	600	700	800	900	1000	1100
4. Prestations des œuvres privées d'entraide (f)	91	87	93	100	106	113	121
B. Valeurs en % du PNB							
Total des prestations publiques et privées (1+2+3+4)	0.62	0.64	0.72	0.73	0.72	0.79	0.78
1. Prestations publiques à des conditions de faveur							
1.1. Confédération	0.17	0.16	0.21	0.21	0.19	0.23	0.21
1.1.1. Coopération au développement							
1.1.2. Aide alimentaire							
1.1.3. Aide humanitaire							
1.2. Cantons, communes et institutions	-	-	-	-	-	-	-
2. Autres prestations publiques (Confédération)							
3. Prestations de l'économie privée	0.39	0.42	0.44	0.46	0.47	0.49	0.50
4. Prestations des œuvres privées d'entraide	0.06	0.06	0.06	0.06	0.06	0.06	0.06
Produit national brut (PNB) (g)	131.1	144.1	158	174	191	204	218

(a) Uniquement contributions en faveur des PVD, selon normes OCDE/CAD

(b) Aide alimentaire comprend les contributions en espèces au PAM (voir calculs à l'annexe 2)

(c) Aide humanitaire, déduction faite des contributions en espèces au PAM, des frais d'administration du CICR (estimés au 50 % de la contribution) et des contributions à des pays développés (voir calculs à l'annexe 2).

(d) Prestations des cantons, des communes et d'institutions publiques (Hautes Ecoles, etc.) : Accroissement annuel de 1 million de 1972 à 1979.

(e) Prestations de l'économie privée : l'accroissement annuel considéré est de Fr. 100 millions dès 1974.

(f) Prestations des œuvres privées d'entraide : Accroissement annuel de 7 %.

(g) PNB chiffres 1972-74 selon le plan financier du OEFD du 31 octobre 1973, puis accroissements annuels de 10 % jusqu'en 1977, et dès 1978 l'accroissement est ramené à 7 %.

t 140 (4)

Annexe 1

CONFIDENTIEL

COOPERATION AU DEVELOPPEMENT
ET AIDE HUMANITAIRE ET ALIMENTAIRE
VERSEMENTS

Au 21-2-74

(montants en millions de francs)

Rubriques budgetaires	73	74	75	76	77	78	79	75-79
A. DISTRIBUTIONS SELON LES RUBRIQUES BUDGETAIRES								
2. DEPARTEMENT POLITIQUE								
- Aide humanitaire :								
Rub.201.493.14 Oeuvres d'entraide intern. (i)	42.7	41.-	47.5	53.-	62.-	74.-	78.-	314.5
201.493.23 Actions internationales (j)	25.2	28.5	31.-	34.-	37.-	41.-	45.-	
201.493.01 CICR	10.-	5.-	10.-	10.-	15.-	20.-	20.-	
	7.5	7.5	7.5	9.-	10.-	13.-	13.-	
- Aide alimentaire :								
Rub.201.493.19 Produits laitiers	28.-	28.-	30.-	31.-	36.-	38.-	41.-	176.-
201.493.24 Blé et farine	16.-	16.-	18.-	19.-	21.-	23.-	26.-	
	12.-	12.-	12.-	12.-	15.-	15.-	15.-	
Coopération au développement :								
Rub.202.493.01 Coopération technique (g)	82.-	102.-	158.-	213.-	236.-	367.-	349.-	1323.-
- Contribution au PNUD et aide associée (b)	77.-	95.-	103.-	113.-	124.-	136.-	146.-	622.-
- Projets combinés (b)	28.-	32.-	34.-	38.-	44.-	51.-	55.-	
- Assistance technique (b)	36.-	48.-	54.-	59.-	62.-	65.-	70.-	
	13.-	15.-	15.-	16.-	18.-	20.-	21.-	
Rub.202.493.02 Aide financière (c)								
202.600.01 Prêts projets combinés ou intégrés	5.-	7.-	5.-	17.-	20.-	23.-	31.-	96.-
- Projets combinés (d)	-	2.-	2.-	2.-	3.-	3.-	4.-	
- Projets intégrés (e)	5.-	5.-	3.-	15.-	17.-	20.-	27.-	
Rub.202.600.02 Prêts aide financière								
- Crédits à AID			50.-	60.-	65.-	145.-	100.-	420.-
- Crédits bilatéraux globaux (f)			50.-	50.-	50.-	125.-	75.-	
Rub.202.600.03 Participation au capital ou à des fonds de Banques internationales de développement (f)			-	10.-	15.-	20.-	25.-	
				23.-	27.-	63.-	72.-	185.-
3. DEPARTEMENT DE L'INTERIEUR								
- Coopération au développement :								
Rub.301.373.02 Bourses universitaires à des étudiants ressortissants de pays en développement (g)	2.-	2.-	3.-	1.-				4.-
	2.-	2.-	3.-	1.-				

Rubriques budgétaires	73	74	75	76	77	78	79	Total 75-79
7. DEPARTEMENT ECONOMIQUE PUBLIQUE								
- <u>Coopération au développement</u> : (h)	65.5	51.-	90,2	66,6	30.-	5.-		191.5
Rub.703.600.01 Prêts à l'étranger	63.3	48.8	81.-	59,6	23.-	5.-		150.5
- Crédits à AID (IDA)	43.3							
- Crédits à des Banques régionales de développement (f) (contribution à des fonds)	10.-	21.-	21.-	10.-				
- Crédits bilatéraux : (f)	10.-	27.8	60.-	49,6	23.-	5.-		
Rub.703.600.10 Participation au capital de Banques régionales de développement (f)	2.2	2.2	9.2	7.-	7.-			23.2
- <u>Crédits de consolidation</u>								
Rub.703.600.02 Crédits de consolidation (k)	7.-	5.-	5.-	5.-	7.-	8.-	10.-	35.-
B. RESUME								
Aide humanitaire	42.7	41.-	47.5	53.-	62.-	74.-	78.-	314.5
Aide alimentaire	28.-	28.-	30.-	31.-	36.-	38.-	41.-	176.-
Coopération au développement	149.5	155.-	251.2	280.6	266.-	372.-	349.-	1518.8
Crédits de consolidation	7.-	5.-	5.-	5.-	7.-	8.-	10.-	35.-
T O T A L	220.2	224.-	334.7	369.6	371.-	492.-	478.-	2045.3

- NOTES : (a) En 1973, crédit de paiement de Fr. 70 millions plus crédit complémentaire de 7 millions.
- (b) Voir détails à l'annexe 2
- (c) Crédits à fonds perdus qui seront estimés ultérieurement, venant en diminution de la rubrique 202.600.02. Les prêts remboursables en monnaie du pays bénéficiaire sont également classés sous cette rubrique.
- (d) Couverts par crédit-cadre de coopération technique.
- (e) Couverts par crédit-cadre d'aide financière.
- (f) Voir détails à l'annexe 2.
- (g) Considéré que partie correspondante aux bourses de ressortissants de PVD, jusqu'à épuisement du crédit-cadre en cours; dès 1976, ces bourses sont couvertes par le crédit 202.493.01 de coopération technique.
- (h) Ces crédits sont couverts par le crédit-cadre d'aide financière de Fr. 400 millions, à l'exception des prêts pour des projets intégrés qui sont signalés à la rubrique 202.600.01.
- (i) Y compris PAM en espèces.
- (j) En 1973 y compris crédit complémentaire.
- (k) Nouvelle rubrique nécessaire afin de distinguer immédiatement les crédits de consolidation.

	73	74	75	76	77	78	79
Crédits globaux bilatéraux :	10	27,8	60	59,6	38	25	25
- Crédits antérieurs à 1972 :	10	12,8	9	5,6			
Crédit Pakistan 22,5 mio	1	5	7	5,6			
Turquie 13 "	5	6	2				
Inde 31,5 "	4	1,8					
- Crédits d'équipement 72 - 74 :		15	43	26	5		
Inde 35 mio		5	25	5			
Inde mixte 25 "		5	5	10	5		
Indonésie 29 "		5	13	11			
- Autres crédits 72 - 74, crédit 49 mio .			8	18	18	5	
Bangla Desh 20 mio			2	8	7	3	
Turquie 15 "			5	5	5		
Autres 14 "			1	5	6	2	
- Crédits période 75 - 77, crédit 150 mio				10	15	20	25
TOTAL COOPERATION AU DEVELOPPEMENT	149,5	155	251,2	280,6	266	372	349
2. AIDE HUMANITAIRE							
Aide humanitaire (selon annexe 1)	42,7	41	47,5	53	62	74	78
- PAM en espèces	3	3	4	4	4	5	5
- frais adm. CICR	3	3	3	4	5	6	6
- contr. pays développés	1	1	1	2	2	2	2
TOTAL, selon CAD	35,7	34	39,5	43	51	61	65
3. AIDE ALIMENTAIRE							
Aide alimentaire (selon annexe 1)	28	20	30	31	35	38	41
+ PAM en espèces	3	3	4	4	4	5	5
TOTAL, selon CAD	31	31	34	35	40	43	46
4. CREDITS DE CONSOLIDATION	7	5	5	5	7	8	10

3003 Berne, le 7 mars 1974

Distribué

Au C o n s e i l f é d é r a l

Plan financier de la coopération au développement et de
l'aide humanitaire pour les années 1975 - 1979

940./942.

R a p p o r t - j o i n t à la proposition du Département politique
fédéral et du Département de l'économie
publique du 1er mars 1974

La proposition commune du Département politique fédéral et du Département de l'économie publique appelle de notre part les objections suivantes:

- La présentation de cette proposition nous paraît prématurée et inopportune dans la mesure où elle vise à obtenir de votre autorité une garantie qui mette l'aide au développement à l'abri des coupures budgétaires supplémentaires que vous pourriez être amenés à opérer encore dans le cadre de l'adoption du programme d'urgence destiné à restaurer l'équilibre des finances fédérales. Or cette mesure d'exception ne se justifie pas davantage à l'égard de l'aide au développement que d'autres secteurs de dépenses. On pourrait craindre, à juste titre, qu'elle se heurte à l'incompréhension d'autres services qui, eux-aussi, sont particulièrement touchés par le programme précité. Il convient donc d'y renoncer pour éviter une inégalité de traitement qui n'a pas sa raison d'être et réserver à votre instance une liberté d'action suffisante pour lui permettre de conférer à ce programme toute l'efficacité souhaitable.
- D'autre part, nous ne pouvons souscrire entièrement au plan financier qui fait l'objet de cette proposition, quand bien même les

- 2 -

chiffres qu'il retient ont été réduits, sur notre demande, par rapport au plan primitivement présenté par les deux départements. Alors que les prévisions relatives à l'aide humanitaire et à la coopération technique nous paraissent acceptables, il n'en est pas de même en ce qui concerne l'aide financière. En effet, les dépenses prévues dans ce domaine continuent à présenter, spécialement pour l'année 1975, un taux de progression hors pair, qui reste inacceptable si l'on veut parvenir à résorber dans une mesure suffisante le déficit considérable que les prévisions actuelles laissent apparaître pour le prochain exercice. L'octroi à l'IDA d'un prêt de 200 mio de francs, répartis sur trois ou éventuellement quatre années, est la cause principale d'une telle progression. Dans la mesure où cette dépense ne peut être compensée par des économies correspondantes réalisables dans le cadre d'autres projets, il nous paraît indispensable que vous vous saisissiez une fois encore de la question de ce prêt et envisagiez la possibilité de revenir sur votre décision en la matière.

- Nous pensons en outre que, dans les circonstances actuelles, il est prématuré de donner au DPF des directives en ce qui concerne l'élaboration de nouveaux crédits de programme. Cette question ne devrait être réglée que lorsque les mesures adoptées dans le cadre du programme d'urgence et leurs conséquences exactes sur l'avenir seront connues.
- Enfin, bien que pleinement conscients de la portée politique et économique de l'aide au développement et du rôle important qu'elle joue du point de vue des relations internationales, nous estimons néanmoins que cet aspect ne doit pas l'emporter sur tous les autres. Il ne saurait, en tous cas, justifier, à notre avis, que cette tâche se développe sans tenir compte dans une mesure appropriée ni des ressources financières dont dispose la Confédération, ni de la priorité qui lui a été assignée. Enfin, si elle constitue un stimulant certainement très utile pour assurer une progression de l'effort d'aide et fixer certains objectifs, la comparaison de cet

- 3 -

effort, que le CAD effectuée entre pays membres sur la base de leur produit national, reste cependant avant tout indicative et ne saurait préjuger des possibilités réelles d'effort des gouvernements. Compte tenu des considérations qui précèdent, nous vous proposons de

d é c i d e r

de:

1. Reporter toute décision en ce qui concerne le plan financier 1975-76 et les perspectives 77-79 à une date ultérieure à l'adoption des mesures d'urgence destinées à restaurer l'équilibre des finances fédérales.
2. Reconsidérer, compte tenu des impératifs financiers, la question de la participation de notre pays à la 4^e reconstitution de l'IDA et envisager, dans la mesure où la dépense de 200 mio de francs qu'elle entraîne ne peut être compensée par des économies correspondantes sur d'autres projets, la possibilité de revenir sur votre décision antérieure en la matière.
3. Renoncer, jusqu'à adoption des mesures d'urgence précitées, à formuler à l'intention du DPF, des directives relatives à l'élaboration de prochains crédits de programme.

DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES ET DES DOUANES



G.-A. Chevallaz

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTS-
DEPARTEMENT

A u s g e t e i l t

3003 Bern, 14. März 1974

A n d e n B u n d e s r a t

Finanzplanung des Bundes für die
internationale Entwicklungszusammen-
arbeit und humanitäre Hilfe 1975-1979:

Stellungnahme des EPD und des EVD zum
Mitbericht des EFZD vom 7. März betreffend
den Antrag des EPD und des EVD vom 1. März 1974

Wir nehmen zum Entscheidungsdispositiv im Mitbericht des EFZD wie folgt Stellung:

1 ad 1.):

- 11 Unser Antrag bezweckt nicht, der Finanzplanung für die öffentliche Entwicklungshilfe eine Sonderstellung zuweisen zu lassen, sondern Sie - im Hinblick auf die zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Bundeshaushalt zu treffenden Entscheidungen - auf die besonderen Probleme aufmerksam zu machen, die sich in diesem Bereiche stellen. Sie haben inzwischen über die Ihnen im Zusammenhang mit den genannten Entscheidungen vom EFZD vorgelegten Ausgabenplafonds für 1975-79 befunden, auch über denjenigen für die öffentliche Entwicklungshilfe, der mit den von uns im Antrag vom 1. März unterbreiteten Zahlen übereinstimmt. Auf diesen Globalzahlen beruhen die für die einzelnen Jahre (1975/76; 1977-79) vorgesehenen Ausgaben, die nun im Sinne unseres Antrages festgelegt werden können.
- 12 Wir sind uns durchaus bewusst, dass Ihr Entscheid über die Ausgabenplafonds für 1975-79 noch dem Vorbehalt der Entscheide von Parlament und Volk über die Massnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalt unterliegt.

./.

2 ad 2.):

21 In den oben erwähnten Globalzahlen für öffentliche Entwicklungshilfe ist der Beitrag von 200 Mio. Franken an die 4. Wiederaufstockung der IDA enthalten, den Sie am 31. Oktober 1973 in Aussicht zu nehmen und im Jahre 1974 dem Parlament zur Genehmigung zu unterbreiten beschlossen haben.

Wir weisen nochmals darauf hin, dass ein Verzicht auf den vorgesehenen Beitrag an die IDA unter keinen Umständen in Betracht gezogen werden sollte. Wenn dieser Beschluss zurückgenommen würde, ohne dass das parlamentarische Verfahren eingeleitet worden wäre und sich als unüberwindliche Hürde erwiesen hätte, würde dies die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Regierung schwer beeinträchtigen, da der in Aussicht genommene Beitrag an die IDA sowohl der schweizerischen wie der internationalen Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde.

22 Neben dieser Konsequenz bräuchte eine Absage an die IDA - oder eine entsprechende Kürzung der Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe in den Jahren 1975-79 gegenüber dem von uns vorgeschlagenen Finanzplan, wie sie das EFZD in seinem Mitbericht als Alternative anregt - weitere schwerwiegende politische wie auch wirtschaftliche Nachteile, auf die wir in unserem Antrag bereits ausführlich eingegangen sind.

Eine Kürzung dieser Ausgaben müsste die Schweiz, angesichts ihrer bisher schon sehr bescheidenen Leistung, die mit den von uns vorgeschlagenen Aufwendungen im internationalen Vergleich gerade knapp gehalten werden könnten, sowohl gegenüber den Industrieländern (im Hinblick auf einen angemessenen Lastenausgleich) wie auch gegenüber den Entwicklungsländern in eine auch politisch sehr schwierige Lage bringen.

./.

Vom Standpunkt unserer Aussenwirtschaftspolitik aus ist hervorzuheben, dass ein Absinken unserer öffentlichen Entwicklungshilfe den Bundesrat eines Instrumentes berauben würde, welches ihm, gerade im heutigen Zeitpunkt der Rohstoffverknappung und der vorgesehenen allgemeinen Verschärfung des internationalen Wettbewerbs auf den für uns wichtigen Märkten der Entwicklungsländer, von entscheidendem Nutzen sein kann.

3 ad 3.):

Wie sich aus unserem Antrag ergibt, müssen Verpflichtungskredite für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und für den Beitrag an die IDA noch im laufenden Jahre dem Parlament beantragt werden, womit der von uns vorgeschlagene Auftrag an das EPD angezeigt erscheint. Selbstverständlich wird, inbezug auf Form und genauen Zeitpunkt der Anträge und den Umfang des Kredites für die technische Zusammenarbeit, den innenpolitischen Umständen Rechnung zu tragen sein.

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES
POLITISCHES DEPARTEMENT

Der Stellvertreter:

(E. Brugger)

3003 Berne, le 20 mars 1974

Distribué

Au C o n s e i l f é d é r a l

Plan financier de la coopération au développement
et de l'aide humanitaire pour les années 1975-79

940/942.

Rapport complémentaire relatif à l'avis du Département politique
fédéral et du Département de l'économie publique du 14 mars 1974

Le Département fédéral des finances et des douanes a pris connaissance de l'avis exprimé par les deux départements précités au sujet de son rapport-joint du 7 mars 1974. Il maintient néanmoins les propositions qu'il a faites dans ce rapport, pour les raisons suivantes :

1) ad 1

Contrairement à ce qu'affirme sur ce point l'avis précité, les plafonds de dépenses qui ont été projetés pour les années 1975-79 dans le cadre du programme d'urgence et qui correspondent, en ce qui concerne l'aide au développement, aux chiffres retenus par le plan financier qui vous est présentement soumis, n'ont fait encore l'objet d'aucune décision de votre part. On ne saurait donc exclure pour l'heure que, devant la nécessité de réaliser des économies supplémentaires, vous vous voyez contraints de procéder à une réduction de ces plafonds. Ces derniers n'ont donc pour l'instant aucun caractère définitif, pas plus que le plan financier de l'aide au développement établi sur la base de chiffres correspondants. C'est pourquoi il nous paraît prématuré de vouloir solliciter de votre part l'approbation de ce plan tant que le niveau définitif des plafonds de dépenses n'est pas arrêté.

- 2 -

2) ad 2

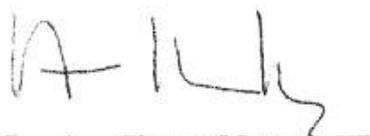
La participation de notre pays à la 4e reconstitution de l'IDA, à raison d'un prêt de 200 mio de francs répartis sur 4 ans, entraîne un accroissement des dépenses d'aide financière tel qu'il serait jugé excessif même si l'on avait affaire à une tâche hautement prioritaire. C'est la raison pour laquelle nous restons d'avis qu'une réduction des dépenses dans ce domaine est nécessaire et qu'il est indispensable que vous réexaminiez la possibilité de renoncer à ce prêt.

Si une telle solution devait cependant, à votre avis, se révéler impossible, il conviendrait alors d'inviter les départements concernés à compenser cette dépense, en retardant l'exécution de certains projets ou même en y renonçant. Une réduction de 30 à 40 mio de francs par an, ramenant les dépenses d'aide financière à un taux plus raisonnable, devrait, pensons-nous à l'encontre des départements intéressés, être réalisable sans trop grand préjudice économique ou politique pour notre pays.

3) ad 3

Ainsi que nous l'avons déjà souligné plus haut, tant que les plafonds de dépenses projetés dans le cadre du programme d'urgence n'ont pas été arrêtés de manière définitive, le plan financier de l'aide au développement conserve un caractère provisoire. Dans ces circonstances, il nous paraît prématuré d'inviter le DPF, avant même l'adoption de ce programme, à considérer ce plan comme une base déterminante pour l'élaboration de nouveaux crédits de programme.

DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES ET DES DOUANES



G.-A. Chevallaz

3003 Bern, 2. April 1974
81 Hb/Sp

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Modell Leitungsorganisation für die
Gesamtverteidigungsübung 1975

M i t b e r i c h t

zum Antrag des Militärdepartements
vom 18. März 1974

- 1 Den Anträgen auf Seite 13 stimmen wir zu.
- 2 Zum Abschnitt I / Erfahrungen aus dem Gesamtverteidigungskurs 1974
- 21 Die Feststellung unter Ziffer 2.1, wonach die Bundeskanzlei für den Fall von Krisenlagen über keine genügend leistungsfähige Organisation verfüge, trifft nur zu, soweit es sich um den 24 Stunden-Betrieb auf längere Sicht handelt.
- 22 Unter Ziffer 2.3.2 ist von den Nachrichtenchefs der Bundeskanzlei und sämtlicher Departemente die Rede. Wir erinnern daran, dass diese Institution heute noch weitgehend fehlt, also zuerst noch geschaffen werden müsste.